**Bebauungsplanverfahren L-6-62, 2. Änderung
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Absatz 1 BauGB vom 13.06. – 12.07.2013**

<u>Anregungen</u>	<u>Abwägungsvorschläge</u>
Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange	
Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Roth (01.07.2013)	
Bereich Landwirtschaft: Landwirtschaftliche Belange sind nicht berührt.	Kenntnisnahme
Bereich Forsten: Forstliche Belange sind nicht betroffen.	Kenntnisnahme
Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege (27.06.2013)	
Nach unserem bisherigen Kenntnisstand besteht gegen die oben genannte Änderung von Seiten der Bodendenkmalpflege kein grundsätzlicher Einwand. Nach derzeitigem Kenntnisstand sind im Änderungsgebiet keine Bodendenkmäler betroffen. Da wir über die archäologische Situation im weiteren Umfeld der geplanten Maßnahme allerdings nur ungenügende Kenntnis besitzen, kann das Vorkommen von archäologischen Spuren oder Überresten im Planungsgebiet nicht ausgeschlossen werden.	Kenntnisnahme
Wir weisen deshalb daraufhin und bitten, alle an künftigen Bauausführungen Beteiligten darauf hinzuweisen, dass eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler (unter anderem auffällige Bodenverfärbungen, Holzreste, Mauern, Metallgegenstände, Steingeräte, Scherben und Knochen) der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (Dienststelle Nürnberg) oder die Untere Denkmalschutzbehörde gemäß Art. 8 Abs. 1-2 DschG unterliegen:	Der Hinweis wird berücksichtigt. Ein entsprechender Hinweis wurde in die textlichen Festsetzungen aufgenommen.
Art. 8 Abs. 1 DSchG: Wer Bodendenkmäler auffindet, ist verpflichtet, dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen. Zur Anzeige verpflichtet sind auch der Eigentümer und der Besitzer des Grundstücks, sowie der Unternehmer und der Leiter der Arbeiten; die zu dem Fund geführt haben. Die Anzeige eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Nimmt der Finder an den Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben, aufgrund eines Arbeitsverhältnisses teil, so wird er durch Anzeige an den Unternehmer oder den Leiter der Arbeiten befreit. Art. 8 Abs. 2 DSchG: Die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen, wenn nicht die Untere Denkmalschutzbehörde die Gegenstände	

<u>Anregungen</u>	<u>Abwägungsvorschläge</u>
<p>vorher freigibt oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet. Die Untere Denkmalschutzbehörde erhält einen Abdruck dieses Schreibens mit der Bitte um Kenntnisnahme und ggf. Veranlassung.</p>	
<p>DB Services Immobilien GmbH, Nürnberg (21.06.2013)</p>	
<p>1. TÖB - Angelegenheiten</p> <p>1.1 Lage zur Bahn Der Änderungsbereich erstreckt sich rechts der zweigleisigen, elektrifizierten Hauptbahnlinie 5320 Treuchtlingen - Nürnberg, etwa auf Höhe Bahn-km 49,115 bis 49,500. Die Entfernung zur nächsten Bahneigentumsgrenze beträgt rund 220 m.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>1.1 Emissionen Auf Grund der Nähe zu einer aktiven Bahnlinie bitten wir nachfolgenden Text in die Begründung bzw. den textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan aufzunehmen.</p> <p><i>Ansprüche gegen die Deutsche Bahn AG aus dem gewöhnlichen Betrieb der Eisenbahn in seiner jeweiligen Form sind seitens des Antragstellers, Bauherrn, Grundstückseigentümers oder sonstiger Nutzungsberechtigter ausgeschlossen. Insbesondere sind Immissionen wie Erschütterung, Lärm, Funkenflug, elektromagnetische Beeinflussungen und dergleichen, die von Bahnanlagen und dem gewöhnlichen Bahnbetrieb ausgehen, entschädigungslos hinzunehmen. Ebenso sind Abwehrmaßnahmen nach § 1004 in Verbindung mit § 906 BGB sowie dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG), die durch den gewöhnlichen Bahnbetrieb in seiner jeweiligen Form veranlasst werden könnten, ausgeschlossen. Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Immissionen sind erforderlichenfalls von der Gemeinde oder den einzelnen Bauwerbern auf eigene Kosten geeignete Schutzmaßnahmen (Schallschutz) vorzusehen bzw. vorzunehmen.</i></p> <p>Falls für die Erstellung von Schallschutzgutachten Zugzahlen benötigt werden, können diese bei der DB AG, Bahn-Umweltzentrum, Caroline-Michaelis-Straße 5-11, 10115 Berlin, angefordert werden. Ansprechpartner ist Herr Achim Naujokat, Tel. 030/ 297 - 56536. Die Anfragen sind kostenpflichtig.</p>	<p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Ein entsprechender Hinweis wurde in die textlichen Festsetzungen aufgenommen.</p>
<p>2. Bahneigener Grundbesitz</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

<u>Anregungen</u>	<u>Abwägungsvorschläge</u>
Bahngrund wurde nicht in den Änderungsbereich einbezogen.	
<p>3. Zuständigkeiten</p> <p>Für Rückfragen zu diesem Verfahren, die Belange der Deutschen Bahn AG betreffend, bitten wir Sie, sich an den Mitarbeiter des Kompetenzteams Baurecht, Herrn Schrott zu wenden. Bei Weiterführung des Verfahrens bitten wir um erneute Beteiligung.</p>	Kenntnisnahme
Deutsche Telekom Technik GmbH, Nürnberg (03.06.2013)	
<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind. Wir bitten Sie, die Ihnen überlassene(n) Planunterlage(n) nur für interne Zwecke zu benutzen und nicht an Dritte weiterzugeben. Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.</p>	Kenntnisnahme
Wir bitten, die Verkehrswege so an die vorhandenen umfangreichen Telekommunikationslinien der Telekom anzupassen, dass diese Telekommunikationslinien nicht verändert oder verlegt werden müssen.	Kenntnisnahme. Klärung im Rahmen konkreter Baumaßnahmen.
Wir bitten folgende fachliche Festsetzung in den Bebauungsplan aufzunehmen: In allen Straßen bzw. Gehwegen sind geeignete und ausreichende Trassen mit einer Leitungszone in einer Breite von ca. 0,3 m für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen.	Kenntnisnahme Der Bebauungsplanentwurf setzt die öffentlichen Verkehrsflächen fest und damit die Straßenraumbreite. Die Ausgestaltung des Verkehrsraumes und die damit verbundene Festlegung der Leitungszonen ist Aufgabe der Ausbauplanung.

<u>Anregungen</u>	<u>Abwägungsvorschläge</u>
<p>Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen und Verkehrswesen, Ausgabe 1989; siehe insbesondere Abschnitt 3, zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht behindert werden.</p>	<p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Ein entsprechender Hinweis auf Schutzabstände zwischen Bäumen und Leitungen ist in den textlichen Festsetzungen enthalten.</p>
<p>Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH unter der im Briefkopf genannten Adresse so früh wie möglich, mindestens 3 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.</p>	<p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Klärung im Rahmen konkreter Baumaßnahmen.</p>
<p>Kabel Deutschland Vertrieb & Service GmbH, Nürnberg (23.7.2013)</p>	
<p>Wir teilen Ihnen mit, dass die Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>N-Ergie Netz GmbH, Nürnberg (17.06.2013)</p>	
<p>In der Anlage erhalten Sie einen Bestandsplan über unsere und die von uns gegebenenfalls im Rahmen einer Betriebsführung mitbetreuten Versorgungsanlagen im oben genannten Bereich. Dieser Bestandsplan besitzt nur informellen Charakter und enthält Anlagen der N-ERGIE Netz GmbH.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Wie aus diesem Planauszug zu ersehen ist, befinden sich innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes L-6-62, keine Versorgungsanlagen unseres Unternehmens.</p>	
<p>Netzplanungen / -erweiterungen sind von uns derzeit nicht vorgesehen. Allerdings besteht jedoch auch die Möglichkeit, unser im unmittelbaren Näherungsbereich östlich des Geltungsbereiches des o. g. Bebauungsplanes-vorhandenes Stromleitungsnetz bei Bedarf entsprechend zu erweitern.</p>	
<p>Seitens unseres Unternehmens bestehen keine Einwände gegen die 2. Änderung des Bebauungsplanes für den Bereich „Kappelberg-Mitte“ der Stadt Schwabach.</p>	

<u>Anregungen</u>	<u>Abwägungsvorschläge</u>
Zusätzlich zu den, auf dem überlassenen Plan bekannt gegebenen Anlagen können sich vor Ort allerdings weitere Im Eigentum Dritter stehende Anlagen - insbesondere Kabel. Rohre oder Leitungen zum Anschluss von Erneuerbaren Energieanlagen - befinden, für die wir nicht zuständig sind. Über diese können wir keine Auskunft geben und diese sind deshalb auch nicht im Planwerk dokumentiert. Hierfür ist der jeweilige Anlagenbetreiber zuständig.	
Planungsverband Industrieregion Mittelfranken, Nürnberg (20.06.2013)	
Eine Behandlung im Planungsausschuss ist nicht erforderlich. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der beiliegenden Stellungnahme des Regionsbeauftragten.	Kenntnisnahme
Regionsbeauftragter für die Industrieregion Mittelfranken, Ansbach (19.06.2013)	
Es wurde festgestellt, dass o.g. Vorhaben der Stadt Schwabach <ul style="list-style-type: none"> - Aus dem Flächennutzungsplan entwickelt wurde. - Eine regionalplanerische unwesentliche Änderung eines bereits rechtskräftigen Bebauungsplanes darstellt. - Als Planungsvorhaben nicht überörtlich bedeutsam ist. Eine Behandlung im Planungsausschuss ist daher nicht erforderlich.	Kenntnisnahme
Regierung von Mittelfranken, Ansbach (20.06.2013)	
Die Regierung von Mittelfranken nimmt als höhere Landesplanungsbehörde anhand der von ihr in dieser Eigenschaft ausschließlich zu vertretenden überörtlich raumbedeutsamen Belange zu o. a. Bauleitplanung der Stadt Schwabach (Erweiterung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans auf insgesamt ca. 5 ha Wohngebiet, ca. 55 WE) Stellung.	
Wertung: Der o.a. Bebauungsplan ist aus dem rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Schwabach entwickelt. Im Geltungsbereich des Bebauungsplans, jedoch außerhalb der Erweiterungsflächen der gegenständlichen 2. Bebauungsplanänderung, befinden sich Teile eines flächigen kart. Biotops SC 0138-001 "Mischwald nordöstlich Limbach" (ca. 0,5 ha, eigene Messung).	Der Hinweis wird berücksichtigt Die entsprechenden naturschutzfachlichen Stellen wurden/werden als TÖB beteiligt.

<u>Anregungen</u>	<u>Abwägungsvorschläge</u>
Eine Abstimmung mit den entsprechenden naturschutzfachlichen Stellen wird empfohlen. Einwendungen aus landesplanerischer Sicht werden nicht erhoben.	
<p>Abschließende Hinweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Von dieser Feststellung unberührt bleibt die Pflicht zur Beachtung bzw. Berücksichtigung der örtlich einschlägigen raumbedeutsamen fachlichen Ziele und Grundsätze der Raumordnung und Landesplanung, insbesondere des Landesentwicklungsprogramms Bayern - LEP - sowie des Regionalplans der Industrieregion Mittelfranken RP 7 (Art. 3 Abs. 1 BaylplG). Zu den fachlichen Zielen und Grundsätzen (siehe Teil B der genannten Pläne) sind Äußerungen der betroffenen Fachstellen herbeizuführen. • Diese Stellungnahme ergeht ausschließlich aus der Sicht der Raumordnung und Landesplanung. Der Überprüfung und Würdigung des Entwurfs nach planungsrechtlichen und städtebaulichen Gesichtspunkten durch die Genehmigungsbehörde sowie der Genehmigung selbst wird durch diese Stellungnahme nicht vorgegriffen. 	Kenntnisnahme
Stadt Erlangen (14.06.2013)	
Keine Äußerung.	Kenntnisnahme
Stadt Fürth (20.06.2013)	
Gegen die von Ihnen vorgelegte Planung im o. g. Bereich bestehen von Seiten der Stadt Fürth keine Einwände.	Kenntnisnahme
Stadt Nürnberg (25.06.2016)	
Zu der von Ihnen vorgelegten Planung im o. g. Bereich werden von Seiten der Stadt Nürnberg keine Äußerungen vorgebracht.	Kenntnisnahme
Stadtdienst Schwabach GmbH (08.07.2013)	
Gegen den Entwurf des Bebauungsplanes L-6-62, 2.Änderung "Kappelberg-Mitte" in der vorliegenden Form bestehen aus Sicht der Stadtdienste Schwabach GmbH keine Bedenken.	Kenntnisnahme

<u>Anregungen</u>	<u>Abwägungsvorschläge</u>
Stadtwerke Schwabach GmbH (12.07.2013)	
Die Strom-, und Trinkwasserversorgung für dieses Gebiet (L-6-62) ist gesichert	Kenntnisnahme
Die Beleuchtung muss im Kappelbergsteig und Mariensteig erneuert werden.	Der Hinweis wird berücksichtigt Berücksichtigung im Rahmen der Ausbauplanung.
Sonderordnungsbehörden bei der Stadt Schwabach	
Feuerwehr (über Ref. 2, 11.07.2013)	
Die Feuerwehr nimmt wie auf dem Beiblatt genannt Stellung	Kenntnisnahme
<p>Allgemeine Informationen zum abwehrenden Brandschutz</p> <p>Es sind für den durch die Stadt Schwabach sicherzustellenden Brandschutz, gem. Art. 1 BayFwG, grundsätzlich folgende allgemeine Belange des abwehrenden Brandschutzes zu prüfen und bei Bedarf im Benehmen mit dem Stadtbrandrat durchzuführen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das Hydrantennetz ist nach dem Merkblatt Nr. 1.9-6 „Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung“ des Bay. Landesamtes für Wasserwirtschaft vom 25.04.1994 und nach den Technischen Regeln des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e. V. (DVGW) - Arbeitsblätter W 331 und W 405- auszubauen. 2. Die öffentlichen Verkehrsflächen sind so anzulegen, dass sie hinsichtlich der Fahrbahnbreite, Kurvenkrümmungsradien usw. mit den Fahrzeugen der Feuerwehr jederzeit unbehindert befahren werden können. Die Tragfähigkeit muss für Feuerwehrfahrzeuge bis 16 t (Achslast 10 t) ausgelegt sein. Hierzu wird auch auf die „Richtlinien für die Flächen der Feuerwehr“ verwiesen. <p>Es muss insbesondere gewährleistet sein, dass Gebäude ganz oder mit Teilen in einem Abstand von höchstens 50 m von den öffentlichen Verkehrsflächen erreichbar sind. Bei Sackgassen ist darauf zu achten, dass sog. „Wendehammer“ auch für Feuerwehrfahrzeuge nutzbar sind. Zur ungehinderten Benutzung ist ein Wendehammerdurchmesser von mindestens 18 m, für Feuerwehreinsätze mit der Drehleiter DLK 23/12 von mindestens 21 m, erforderlich. Gegebenenfalls sind Verkehrsbeschränkungen (Halteverbote) zu verfügen.</p>	<p>Für den Ausbau des Hydrantennetzes sind die Stadtwerke zuständig. Die Straßen im Gebiet wurden und werden entsprechend den aktuellen gesetzlichen Vorgaben ausgebaut.</p> <p>Die Einhaltung der Vorgaben des Brandschutzes sind grundsätzlich im Rahmen der ausgewiesenen Bebaubarkeit der Grundstücke möglich.</p> <p>Detaillierte Regelungen sind bei Neubauten im Rahmen der Baugenehmigung nachzuweisen oder eigenverantwortlich im Freistellungsverfahren zu berücksichtigen.</p>

<u>Anregungen</u>	<u>Abwägungsvorschläge</u>
<p>3. Aus Aufenthaltsräumen von nicht zur ebenen Erde liegenden Geschossen muss die Rettung von Personen über zwei, voneinander unabhängiger Rettungswege, gewährleistet sein. Bei baulichen Anlagen ohne besonderer Art und Nutzung und einer Bauhöhe unterhalb der Hochhausgrenze kann der zweite Rettungsweg auch über Leitern der Feuerwehr sichergestellt werden.</p> <p>4. Bei Aufenthaltsräumen im Dachgeschoss müssen die notwendigen Fenster mit den Leitern der Feuerwehr direkt anleiterbar sein.</p>	
Straßenverkehrsamt (über Ref.2, 11.07.2013)	
<p>Für die Straße Mariensteig wird seitens des Straßenverkehrsamtes von der Größe (Länge) her ein verkehrsberuhigter Bereich als grenzwertig groß angesehen. Erfahrungsgemäß wird über eine Strecke von ca. 300 m die vorgeschriebene Schrittgeschwindigkeit von Verkehrsteilnehmern nicht akzeptiert und somit auch nicht eingehalten.</p>	<p>Der Hinweis wird berücksichtigt</p> <p>Der Bebauungsplanentwurf setzt die öffentlichen Verkehrsflächen fest und damit die Straßenraumbreite. Verkehrsrechtliche Vorgaben werden nicht gemacht. Die Ausgestaltung des Verkehrsraumes ist Aufgabe der Ausbauplanung.</p>
Untere Immissionsschutzbehörde (über Ref. 2, 11.07.2013)	
<p>Mit den vorgelegten Planunterlagen besteht Einverständnis. Aspekte des Immissionsschutzes sind nicht tangiert.</p>	Kenntnisnahme
Untere Naturschutzbehörde (über Ref. 2, 11.07.2013)	
<p>Gegen die vorgelegten Planunterlagen bestehen keine Bedenken.</p>	Kenntnisnahme
Öffentlichkeit	
<p>- keine -</p>	
Interne Ämter (ohne Sonderordnungsbehörden)	

<u>Anregungen</u>	<u>Abwägungsvorschläge</u>
<p>Jugendamt (kommunale Jugendarbeit) (über Ref.2, 11.07.2013)</p> <p>Zur Änderung des Bebauungsplanes für Kappelberg-Mitte bestehen seitens des Jugendamtes keine weiteren Anmerkungen oder Einwände: Wir verweisen an dieser Stelle auf unsere Stellungnahme zur 2. Änderung des Bebauungsplanes L-8-88 vom 17.02.2009, aufgrund des engeren räumlichen Zusammenhangs.</p> <p>Stellungnahme vom 17.02.2009</p> <p>4. Jugendamt/Kommunale Jugendarbeit Zu der geplanten Änderung des Bebauungsplanes bestehen aus Sicht des Jugendamtes keine grundsätzlichen Einwände; folgenden Anmerkungen bitten wir Beachtung zu schenken: <u>Treffpunkte, Spielflächen, Öffentlicher Raum</u> Durch die geplante Bauverdichtung (46 WE - überwiegend Einzel- und Doppelhäuser) ist anzunehmen, dass auch viele junge Familien mit Kindern in das Gebiet einziehen werden. Im gesamten Planungsbereich sind keine öffentlichen Begegnungs- und Spielflächen vorgesehen. Diese sind aber, insbesondere für Kinder und Jugendliche – im Hinblick auf die Entfaltung ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten, von erheblicher Relevanz. Noch wichtiger erscheint hier der Zusammenhang mit der Entwicklung der sozialen Fähigkeiten: eine öffentliche Spielfläche besitzt auch die Funktion eines „Treffpunkts“ - eine soziale Funktion, die sowohl für die Eltern und ältere Bürger allgemein (Bildung sozialer Netzwerke und informeller Unterstützungssysteme), als auch für Kinder wichtig ist. Für letzteren Aspekt ist eine <u>fußläufige Entfernung</u> unerlässlich, damit die Kinder sicher und möglichst ungehindert Zugang haben. Das Waldstück, das sich zwischen der Bahnlinie und der Baugrenze im Westen erstreckt, besitzt auch Naherholungswert für Anwohner aller Alterstufen und bietet sicherlich einen Freiraum mit einigen Möglichkeiten der Erkundung und anregen der Spielgestaltung für die Jüngeren; kann allerdings nicht die Funktionen einer gestalteten, zentral gelegenen Aufenthalts- und Spielfläche erfüllen. Der bereits geplante Spielplatz im nördlich angrenzenden Wohngebiet (Grundstück Flurnummer 432/1) ist unseres Erachtens durch seine Randlage nicht ideal und mit einer Größe von unter 300m² auch deutlich knapp bemessen, um die zu erwartende Anzahl von Kindern aufzunehmen. (<i>Bruttospielplatz-Bedarf nach DI N 18034;</i> • <i>Kleinkinder bis 6 Jahre: 0,75 mVE; Mindestgröße 225m'</i></p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Bebauungsplanänderung bezieht sich auf bereits bestehende und überwiegend bebaute Baugrundstücke. Durch die Anpassung der überbaubaren Grundstücksflächen wird dem Gedanken der behutsamen Nachverdichtung Rechnung getragen. Eine größere Verdichtung ist dadurch nicht zu erwarten. Die Neuausweisung einer Spielplatzfläche im Bereich der Bebauungsplanänderung würde in bestehendes Baurecht eingreifen und wird als nicht zielführend angesehen. Auf den Baugrundstücken selbst ist das Spielen für Kinder möglich. Ein Spielplatz ist im mittleren Bereich der Straße Kappelbergsteig vorhanden. Sollten im Bereich des Kappelbergs neue Baugebiete entwickelt werden, für die bisher noch kein Baurecht besteht, wird die Möglichkeit des Anlegens eines Spielplatzes für die unterschiedlichen Altersgruppen erneut geprüft.</p>

<u>Anregungen</u>	<u>Abwägungsvorschläge</u>
<p>• <i>Kinder 6 bis 12 Jahre.</i> <i>0,75 m²/E; Mindestgröße 1200 m²</i> Wir empfehlen daher, die Möglichkeiten für zusätzliche, angemessene Spielflächen und öffentliche Aufenthaltsflächen im Bebauungsplan zu prüfen. <u>Hinweis:</u> Das private Baugrundstück mit der Flurnummer 450/4, in der Hans-Traut-Straße / Ecke Ellwanger-Straße dient derzeit als inoffizieller (etwas in die Jahre gekommener) kleiner Bolzplatz. Es wäre eventuell zu überlegen, in wie weit diese private Bereitstellung von Spielfläche weiter bestehen bzw. in welcher Form seitens der Stadt unterstützt / geregelt werden kann, um diese Ressource zu sichern. <u>Verkehrssicherheit</u> Die Straßen Kappelbergsteig und Mariensteig sollen laut der Zielsetzung der Bauplanung ausgebaut werden. Sie dienen schon heute als Verbindungsachse zum nördlich angrenzenden Wohngebiet. Es ist anzunehmen, dass das Verkehrsaufkommen zunimmt. Die Bewegungsfreiheit der Kinder, die nicht zuletzt von den Eltern gewährt wird, wenn das Gefühl einer sicheren Umgebung besteht, erhöht und unterstützt auch eine gesunde Entwicklung deren Autonomie und Selbständigkeit. Als positiv zu bewerten ist die Tatsache, dass bei der Bauplanänderung eine Reduzierung des Querschnittes des Kapellenbergsteiges vorgesehen ist. Für den Mariensteig sind keine erhöhten Gehsteige vorgesehen (Gespräch mit Herrn Streitberger, Stadtplanungsamt am 12.02.09). Hier müsste man klären, wie trotzdem die Sicherheit für alle Fußgänger, insbesondere für die, sich im öffentlichen Raum aufhaltenden, spielenden Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten ist. Wir regen an, für den Mariensteig eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 20 Stundenkilometer zu prüfen.</p>	
<p>Kontaktstelle Bürgerengagement und Seniorenrat (über Ref. 2, 11.07.2013)</p>	
<p>Gegen die vorgelegte Planung bestehen keine Einwände.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Da die Planung in räumlichem Zusammenhang mit dem Bebauungsplan L-8-66 steht, verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 13.02.2009: „Ein überwiegend dieser Häuserform (Einzel- und Doppelhausbebauung), zuerst zumeist von jungen Familien bewohnt, hat perspektivisch eine „Überalterung“ des gesamten Wohngebietes zur Folge. · Um von vorne herein eine altersgemischte Siedlungsstruktur zu erreichen, bei der schon jetzt ältere Menschen eine für sie geeignete Wohnform finden, sollten auch größere Grund-</p>	<p>Das Planungsgebiet ist fast vollständig bebaut. Da sich die Bautätigkeit über viele Jahrzehnte von 1960 bis heute erstreckt hat, ist die Altersstruktur im Gebiet durchmisch. Der Bebauungsplan ermöglicht neben Einfamilien- und Doppelhäusern in einem Teilgebiet auch Wohnungsbau. Die dem Bebauungsplanverfahren vorangestellte Straßenplanung fand</p>

<u>Anregungen</u>	<u>Abwägungsvorschläge</u>
<p>stücke ausgewiesen werden, die unterschiedliche Wohnungstypen, wie zum Beispiel Geschosswohnungsbau (der dann möglichst barrierearm erfolgen sollte) ermöglichen. Grundsätzlich ist Wert zu legen auf</p> <ul style="list-style-type: none"> – Eine sichere Geh- und Radweganbindung – Eine gute fußläufige Anbindung an die Einkaufsmöglichkeiten in der Katzwanger Straße – Die ausreichende Ausstattung mit Beleuchtung – Die Errichtung von Ruhebänken – Die Anbindung an den ÖPNV – Ausreichende Parkmöglichkeiten“ 	<p>in enger Abstimmung mit den Anliegern statt. und stellt den aufgrund der Lage im bestehenden Wohngebiet und Verfügbarkeit von Grundstücken gefundenen Kompromiss dar.</p>
<p>Amt 44 – Tiefbauamt (15.07.2013)</p>	
<p><u>1. Stadtentwässerung</u> Der mittlere Teil des Kappelbergs wird bereits im Mischsystem entwässert. Zur Erschließung freier Baugrundstücke im südlichen B-Planbereich und zur Straßenentwässerung ist der Bau öffentlicher Abwasserkanäle erforderlich. Des Weiteren können westliche Bauwartungsflächen nur über diesen Kanalbestand entwässert werden. Die hierzu noch durchzuführende hydraulische Überrechnung kann ergeben, dass zusätzlich neue Mischwasserkanäle oder auch Kanalverstärkungen im Bestand notwendig werden. Hinsichtlich der planungsrechtlichen Festsetzungen, Punkt 6.4 Regelungen der Bebauung östlich des Mariensteigs (Hanglage) wird darauf hingewiesen, dass Grundstückszufahrten so anzulegen sind, dass kein Oberflächenwasser der öffentlichen Straße in diese Grundstücke abfließen kann.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die dem Bebauungsplan vorangestellt Straßenplanung fand in Abstimmung mit der Stadtentwässerung statt.</p> <p>Der Hinweis zu den Grundstückszufahrten wurde in die textlichen Festsetzungen übernommen.</p>
<p><u>2. Straßen- und Ingenieurbau</u> Die Straßenbreite sollte gem. Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) mindestens für den Begegnungsfall Müllfahrzeug/PKW ausgelegt werden. Dies würde eine Mindestbreite für die Fahrbahn von 5,50 m bedeuten.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Bebauungsplanentwurf setzt die öffentlichen Verkehrsflächen entsprechend des derzeit laufenden Straßenausbaus im bestehenden Wohngebiet Kappelbergsteig/ Mariensteig im Rahmen der verfügbaren Grundstücksflächen fest.</p>
<p>Amt 45 – Baubetriebsamt (03.06.2013)</p>	
<p>Bauhof Die Radien bei Einmündungen bzw. Kurven und Wendehämmern müssen für 3 bzw. 4-</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

<u>Anregungen</u>	<u>Abwägungsvorschläge</u>
<p>Achs-Müllfahrzeuge ausgelegt sein. Bei Straßen ohne Wendehammer muss ein Müllsammelplatz erstellt werden. Die Müllabfuhr fährt nicht rückwärts in die Stichstraßen. Ebenso müssen die Fahrbahnbreiten für LKWs (Müllfahrzeuge und Winterdienst) ausreichend sein.</p>	<p>Der Bebauungsplanentwurf setzt die öffentlichen Verkehrsflächen entsprechend des derzeit laufenden Straßenausbaus im bestehenden Wohngebiet Kappelbergsteig/ Mariensteig im Rahmen der verfügbaren Grundstücksflächen fest. Die Ausgestaltung des Verkehrsraumes ist Aufgabe der Ausbauplanung.</p>